

Frankfurter Allgemeine Zeitung

"Frankfurter Allgemeine Zeitung" Nr. 281 vom 02.12.2020 Seite: N4 Ressort: Natur und Wissenschaft

Auf einmal Laborratte

Die großen Verlage haben ein neues Geschäftsfeld entdeckt: die Überwachung von Wissenschaftlern und den Verkauf ihrer Daten. Sie nehmen dadurch weitreichenden Einfluss auf die Forschung. Die Europäische Union muss dringend eingreifen.

Über die Digitalisierung an Hochschulen wurde in diesem Jahr schon viel gesprochen, meist und durchaus kontrovers mit dem Fokus auf die Lehre. Über Forschung wurde in der Weise nicht groß gestritten, allein schon, weil sie in vielen Disziplinen bereits digitalisiert ist. Noch weniger stand und steht im Fokus, was man erst auf den zweiten Blick sieht, die Informationsinfrastrukturen. Das ist eigentlich erstaunlich, denn die eilige Umstellung auf Online-Lehre und viele Anwendungen im Forschungsbereich wären in der Weise kaum möglich gewesen, wenn die Bibliotheken nicht zügig viele Lizenzen erweitert und E-Book-Pakete hinzuerworben hätten. Durch die rasche Ausschöpfung des Marktes für elektronische Medien konnten die Bibliotheken wenigstens in Teilen ausgleichen, was an direkter Zugänglichkeit zu ihren Häusern nicht möglich war, und so ihren Teil für das Gelingen des vergangenen Sommersemesters leisten.

Was wie eine Erfolgsgeschichte klingt, hat eine dunkle Rückseite, die schon im vergangenen Jahr sichtbar wurde, als amerikanische Bibliothekare feststellen mussten, dass die führenden Wissenschaftsverlage vor allem im naturwissenschaftlich-technischen und medizinischen Bereich ihre Online-Plattformen mit all den Überwachungstechnologien versehen haben, für die ansonsten hauptsächlich die großen Internetkonzerne wie Facebook und Google in der Kritik stehen. Wer sich etwa die Website der renommierten Zeitschrift "Nature" genauer ansieht, stößt auf Dutzende entsprechender Werkzeuge: einzelne Tracker, die den Seitenbesucher verfolgen, Audience-Tools, die Daten aus vielen Quellen zu Profilen zusammenführen, Fingerprinter, die auch solche Nutzer identifizieren, die das durch ihre Browsereinstellungen unterbinden wollen, und Werkzeuge zur Echtzeitversteigerung von Nutzerdaten, so wie es ursprünglich Google für sein Annoncengeschäft eingeführt hat.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen damit feststellen, dass sie nicht allein in der Leitung sind, wenn sie recherchieren. Ihr Informationsverhalten kann minutiös mitgeschnitten werden, egal, wo und an welchem Gerät sie sitzen. Betroffen sind dabei alle Formen der digitalen Informationsangebote: E-Books genauso wie E-Journals und Fachdatenbanken. Damit entstehen individualisierte Profile jedes Nutzers, die nicht bei den Verlagen verbleiben, da diese meist Ad-Tech-Firmen als technische Drittanbieter einsetzen. Das sind dann entweder Konzerne wie Google und Facebook oder eine Firma wie die zu Oracle gehörende Bluekai, die so unverblümt vorgeht, dass sie mittlerweile Gegenstand von Sammelklagen ist. Auch Datensammler mit sehr langer Geschichte wie Acxiom/Liveramp werden eingesetzt. In allen Fällen kann die Auswertung des Informationsverhaltens der Wissenschaftler mit dem Wissen verknüpft werden, das schon aus anderen Bereichen ihres Online- und Offline-Lebens vorhanden ist.

Der Einsatz von Ad Tech ist in weiten Teilen des frei zugänglichen Internets das gängige Erlösmodell, weil beispielsweise Zeitungsverleger ihre Produkte ja überhaupt irgendwie monetarisieren können müssen. Davon kann bei den Fachzeitschriften keine Rede sein: Dieser Markt ist quasi staatlich garantiert, und die führenden Verlage nutzen ihre Monopolposition für alljährliche Margen von um die vierzig Prozent. Selbst in dieser komfortablen Situation werden zusätzliche Erlösströme weiter willkommen sein. Doch der Technologieeinsatz in der Wissenschaftskommunikation hat noch andere Gründe.

Die großen Wissenschaftsverlage wenden sich seit einiger Zeit vom Verlagswesen ab und hin zum Data Analytics Business. Ähnlich wie die Internetkonzerne nutzen sie in ihrem

Bereich die großen Gewinne, um den Markt von Alternativen leer zu kaufen und sich immer weitere Bereiche des Forschungszyklus in der gleichen Weise einzuverleiben, wie sie es beim Publikationswesen schon getan haben. Ein Meilenstein dabei war der Vertrag, den der Elsevier-Verlag in den Niederlanden erzielen konnte: Ohne Mehrkosten im Publikationsbereich sollen alle Wissenschaftler Open Access publizieren können, wenn die Universitäten im Gegenzug die Forschungsinformationssysteme des Verlags lizenzieren.

Die Folgen einer solchen Konstruktion werden durchschlagend sein: Wer als Autor in den bibliometrischen Bewertungssystemen im oberen Bereich vielzitatierter Arbeiten verzeichnet sein will, muss in den Zeitschriften desselben Anbieters publizieren. Der Markt sowohl für Publikationen wie auch für Bewertungsinstrumente wird sich also in kürzester Zeit selbst aufräumen. Dann wird es die eine Plattform sein, die entscheidet, welche Wissenschaft akzeptabel ist und "zählt" - nicht mehr die Universitäten und Forschungsförderer.

Man sollte denken, dass dieses Problem ein perfekter Kandidat wäre für die von der EU gerade geplante Plattformregulierung über das anstehende Plattformgrundgesetz (Digital Markets Act). Aber auch hier war die Lobbygruppe der Großverlage schon aktiv und brachte dort wie überall sonst momentan auch das Lied von der Cybersecurity zu Gehör. Die Welt wäre voller ‚bad actors‘, die Hochschulen attackierten, Daten abgriffen, und die Verlage wären dazu berufen, die Integrität der wissenschaftlichen Information zu wahren.

Nun haben wir in der Vergangenheit tatsächlich Cyberattacken auf Hochschulen gesehen, deren Abwehr aber Aufgabe eines hochschulischen Gesamtkonzepts ist. Das Oligopol der Wissenschaftsverlage hat da viele Ideen, warum nur sie die Wissenschaften schützen können: Auf einem Webinar, das kürzlich stattfand, wurde das Konzept eines Plug-ins für hochschulische Authentifizierungssysteme, in die sich die Verlage schon lange tiefer einnisten möchten, vorgestellt, mit dem nicht nur das Informationsverhalten mitgeschnitten werden könnte, sondern auch biometrische Daten wie Tippgeschwindigkeit und Mausbewegungen. Bibliotheken sollten mit Rabatten auf Verlagsprodukte animiert werden, solche Plug-ins zu installieren. Die Rechenzentren werden sicher rasch eine Meinung dazu haben, ob solche Nachlässe die Korruption der hochschulischen Netzsicherheit wert sind.

All diese Vorgänge werden kaum als Beiträge zur Freiheit von Forschung und Lehre gewertet werden können. Vielmehr gefährden sie Wissenschaftler elementar, weil überhaupt nicht absehbar ist, wo die so gesammelten Daten überall verwertet werden. Relevante Player der Wissenschaftskommunikation wie Thomson Reuters und Reed Elsevier sind ins Big Data Policing eingestiegen und verkaufen Datenprodukte unter anderem an die militarisierte amerikanische Grenzpolizei ICE. Andere Regierungen und Regime stehen schon Schlange. Technologien, die bei der Risk-Solutions-Sparte von Reed Elsevier angesiedelt sind, finden sich mittlerweile auch auf dessen Verlagsplattform Science Direct, wo sie jeden Nutzer beobachten. Ob innerhalb des Konzerns branchenübergreifend gearbeitet wird und Daten weitergeleitet werden, kann man von außen nicht sagen, aber wenn die neue Verlagsleiterin von Elsevier vorher lange in der Risk-Solutions-Sparte aktiv war, könnte das als Anzeichen in dieser Richtung gewertet werden.

Der Überwachungskapitalismus in den Wissenschaften pervertiert das, wofür einmal im siebzehnten Jahrhundert wissenschaftliche Publikationen erfunden worden sind: den freien und selbstkritischen Austausch über neue Erkenntnisse. Er wird ersetzt durch einen intimen und durch Bezahlschranken geschützten Blick kommerzieller Akteure auf den aktuellen Stand staatlich geförderter Forschung.

Die Verlegenheit der übrigen Verlage, die Unsicherheiten in den Bibliotheken und die mangelnde Weitsicht der Hochschulen blockieren hier Lösungen. Dabei ist die Sache für eine Gesellschaft, die sich noch eine offene Gesellschaft nennen will, klar. Das Oligopol der Wissenschaftsverlage ist ebenso zu regulieren wie das anderer Oligopole. Das anstehende Plattformgrundgesetz bietet auf europäischer Ebene eine Möglichkeit zur Regulierung. Und auf nationaler Ebene sind die Wissenschaftsorganisationen gefragt, den Ausverkauf der Wissenschaften zu stoppen. Viele gute Vorschläge liegen schon lange auf dem Tisch. Es ist Zeit zu handeln.

Björn Brembs (Professor für Neurogenetik, Universität Regensburg), Konrad Föstner (Professor für Data and Information Literacy, TH Köln), Peter Kraker (Gründer und Vorstand der Open-Science-Plattform Open Knowledge Maps), Gerhard Lauer (Professor für Digital Humanities, Universität Basel), Claudia Müller-Birn (Professorin für Informatik, FU Berlin), Felix Schönbrodt (Professor für Psychologie, LMU München), Renke Siems (Fachreferent an der Universitätsbibliothek Tübingen)

Bild: Von Mäusen und Menschen: Forscher stehen neuerdings selbst unter Beobachtung - durch Großverlage.

Bild: Foto Sebastian Duda

© Alle Rechte vorbehalten. Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH Frankfurt am Main